



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

An den Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal
Herrn Andreas Mucke
Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Es informiert Sie Ulf Klebert
Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 6510
Fax (0202)
E-Mail klebert@spdrat.de
Datum 21.02.2019
Drucks. Nr. VO/0179/19
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am 25.02.2019 Gremium Rat der Stadt Wuppertal

**Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2019
T.O.P. "Sachstandsbericht zum Seilbahnprojekt"**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mucke,

die SPD-Fraktion beantragt, der Rat der Stadt Wuppertal möge beschließen:

Vor Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt Durchführung einer Bürgerbefragung -
Gemeinsamer Ergänzungsantrag stellt die Verwaltung dar:

- Ob es sich bei der Finanzierung einer Bürgerbefragung um eine freiwillige Maßnahme gemäß des Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) handelt
- Welche Kosten durch eine schriftliche Vollerhebung mittels Briefwahl entstehen
- Wie diese Kosten entsprechend der Hinweise der Bezirksregierung und der Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes im städt. Haushalt dargestellt werden können
- Ob die Verwaltung ausschließen kann, dass der o. g. Antrag ohne die vorherige Klärung der Punkte 1 bis 3 dieses Antrages von der Bezirksregierung beanstandet werden muss

Begründung:

Mit den Schreiben vom 14. Dezember 2018 und 25. Januar 2019 teilt die Regierungspräsidentin mit, dass es dem Rat der Stadt Wuppertal obliegt, „eine freiwillige Bürgerbefragung zum Thema Seilbahn in Wuppertal“ durchführen zu können. Weiter weist die Regierungspräsidentin darauf hin, „dass eine solche Bürgerbefragung den Hinweisen zu neuen freiwilligen Leistungen im Stärkungspakt unterliegt“.

Hierzu führt das Stärkungspaktgesetz u. a. aus: „Diese Maßnahmen sind als einzelne Konsolidierungsmaßnahmen in dem Haushaltssicherungsplan aufzunehmen, die durch sie zu erreichenden finanzwirtschaftlichen Verbesserungen sind darzustellen.“

Aus diesen Gründen erachtet es die antragstellende Fraktion für zwingend geboten, dass vor einer Beschlussfassung zu einer Bürgerbefragung die o. g. Punkte im Sinn des Stärkungspaktgesetzes zu klären sind.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Klaus Jürgen Reese
Fraktionsvorsitzender